

---

FDP Offenbach

## **FDP WILL BEI VERMARKTUNG DES BAUGEBIET WALDHEIM SÜD NACHSTEUERN UND ANGEBOT MARKTFÄHIG MACHEN**

25.04.2008

---

Waldheim Im Rahmen einer Besichtigung des Neubaugebiets Waldheim Süd sehen sich die Offenbacher Liberalen darin bestätigt, dass das Gebiet gerade für junge Familien interessant sein könnte. Auf diesem Gebiet ist der Bau einer Kindertagesstätte geplant, daneben sei schon heute die Friedrich-Ebert-Schule als attraktives Angebot vorhanden. Zudem sei auch eine erstklassige Verkehrsanbindung sichergestellt. Leider zeigten die zurückliegenden 5 Jahre, dass die Vermarktung bisher nicht so erfolgreich wie erhofft war. Die Liberalen wollen daher das Entwicklungskonzept, das vorsieht, dass wenige größere Investoren das Gebiet entwickeln sollen, überprüft sehen und gegebenenfalls bei dieser Frage nachsteuern.

"Da für jeden offensichtlich ist, dass die bisherigen Entwicklungskonzepte nicht richtig funktioniert haben, könnte für die Entwicklung dieses Neubaugebiets eine gezielte Wohnbauförderung mit dem Ziel der Förderung junger Familien helfen," so die Stadtverordnete Dr. Vera Langer. Gerade dieser Personenkreis würde durch die Einkommensteuermulage in der Zukunft positive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Stadt zu haben.

Aus Sicht der FDP sind für das Baugebiet verschiedene Entwicklungs- und Förderungsmodelle parallel vorstellbar. Der Magistrat solle daher insbesondere den Verkauf in kleinen Einheiten an Bauträger bzw. Investoren prüfen, die bisher angedachten Zuschnitte seien möglicherweise zu groß, so die Liberalen. Daneben ist es für die FDP vorstellbar, den Bebauungsplan in einem Teilgebiet so zu modifizieren, dass auch der Verkauf von Einzelgrundstücken und damit der Bau von Einfamilienhäusern durch Private möglich wird. Daneben könnte auch geprüft werden, ob solche Grundstücke auch in

Erbbaupacht vergeben werden könnten.

Um gezielt junge Familien nach Offenbach zu locken - was für die Bevölkerungsstruktur in Zukunft von großer Bedeutung sein werde - möchten die Liberalen auch von der Verwaltung gezielte Förderungsmöglichkeiten für diesen Personenkreis geprüft sehen - dies insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen. Hierzu zählt besonders die Stundung etwa eines Teils des Kaufpreises für eine gewisse Zeit oder direkte Nachlässe auf den Kaufpreis für Familien mit Kindern, aber auch das vom Oberbürgermeister und der CDU vorgeschlagene Modell eines zinslosen Darlehens. Der Vorschlag der Union dieses Darlehen über die SOH abzuwickeln ist jedoch nach Ansicht der FDP nicht möglich, da es sich hierbei um eine versteckte Gewinnausschüttung handeln würde. "Es geht nicht darum, Geld zu verschenken, sondern das Angebot marktfähig zu machen", betont Langer. Daneben gilt es zu prüfen, wie auch bei diesen neuen Randbedingungen die Finanzierung der Erschließung etc. sichergestellt werden kann.